

Correspondenzblatt

der

Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

Erscheint nach Bedarf,
voraussichtlich
jeden Montag.

Das Blatt wird den Vorständen der
Zentralvereine, den Vertrauensleuten
der Gewerkschaften und den Redaktionen
der Arbeiterzeitungen gratis zugestellt.

Redaktion und Verlag:
G. Legien,
Zollvereins-Niederlage,
Wilhelmstr. 13, I.

Generalversammlungen und Kongresse.

Generalversammlung des Verbandes der Seiler und Reepschläger.

Berlin, 24. u. 25. März 1894.

Anwesend sind 8 Delegirte aus den Zahlstellen, 2 Vertreter des Hauptvorstandes und 1 Ausschußmitglied. Nach dem Geschäftsbericht des Vorstandes ist die Zahl der Mitglieder von ja. 500 auf 237 zurückgegangen. Als Ursache des Rückganges werden einige verloren gegangene Streiks angegeben. Die Gesamteinnahme des Verbandes in den Zahlstellen und der Hauptkasse betrug im verflossenen Jahre M. 1731,51, einschließlich des Kassenbestandes von M. 81,44. Der Hauptkasse verblieben am Schlusse des Jahres M. 143,36. Von den Ausgaben heben wir hervor: Verbandsorgan M. 338,60; Agitation M. 16,50; Unterstützung an Gemafregelte M. 34,95; zurückgezahltes Darlehn M. 256,60; Generalkommission M. 33,10; Verwaltungskosten: persönliche M. 87,80, sachliche M. 196,60. Den Verwaltungsstellen verblieben M. 630,74. Für Streiks wurden seit Bestehen des Verbandes M. 5000 aufgebracht und verausgabt.

Eine eingehende Debatte entspann sich über den Punkt der Tagesordnung: „Anschluß an den Textilarbeiterverband.“ Der Antrag wurde schließlich abgelehnt, mit der Motivirung, daß die jetzt organisirten Seiler sich dem Textilarbeiterverband zum größten Theil doch nicht anschließen würden, da sie noch nicht erkannt haben, daß die Arbeiterinteressen die gleichen sind und in jeder Organisationsform vertreten werden können. Weibliche Personen und ungelernete Arbeiter des Berufes sollen von jetzt ab in den Verband aufgenommen werden. Um das Interesse der Mitglieder an dem Verband zu erhöhen, wurde beschlossen, eine Arbeitslosenunterstützung einzuführen. Nach 26wöchentlicher Mitgliedschaft soll die Unterstützung pro Arbeitstag 50 \mathcal{M} betragen. Es wird ein Eintrittsgeld von 50 \mathcal{M} für männliche, 30 \mathcal{M} für weibliche Mitglieder erhoben. Der Beitrag beträgt wöchentlich 20 \mathcal{M} für männliche, 10 \mathcal{M} für weibliche Mitglieder. Früher wurde ein Monatsbeitrag von 60 \mathcal{M} erhoben für männliche Mitglieder. Die weiblichen Mitglieder erhalten keine Arbeitslosenunterstützung. Der Jahresertrag

für die Verbandsversammlungskosten wurde von 30 auf 50 \mathcal{M} erhöht.

Nach den Berichten der Delegirten ist die wirtschaftliche Lage der Seiler eine überaus traurige. Besonders ungünstig ist die Lage in Schlotheim, woselbst eine ausgedehnte Seiler-Industrie besteht. In dem kleinen Dertchen werden 112 erwachsene Seiler beschäftigt, die bei einer übermäßig langen Arbeitszeit täglich M. 1,30 bis M. 2,25 verdienen. Die jugendlichen Arbeiter, von denen 16 beschäftigt werden, haben einen täglichen Verdienst von 70 bis 80 \mathcal{M} ; 19 weibliche einen solchen von 80 \mathcal{M} bis M. 1. Außerdem finden 20 Hausarbeiter Beschäftigung, deren Verdienst nicht genau anzugeben ist, aber höchstens im Durchschnitt M. 1,60 beträgt. Der höchste durchschnittliche Jahresarbeitsverdienst beträgt M. 531. Dagegen braucht eine Familie von fünf Köpfen nach den örtlichen Verhältnissen bei minimalster Berechnung, für Ernährung M. 11,20; für Miethe M. 1,20; für Feuerung und Licht M. 1,30; in Summa M. 13,70, oder pro Jahr M. 712,40, exkl. Kleidung. Es ist dem Verband noch nicht möglich geworden, eine Besserung dieser menschenunwürdigen Verhältnisse herbeiführen zu können, doch ist Aussicht genommen, in nächster Zeit entsprechende Schritte zu thun. Es wurde bei Verathung dieser Frage an den Vertreter der Generalkommission die Frage gerichtet, ob dieselbe bei einem etwaigen Vorgehen gegen dieses Elend die Unterstützung der Gewerkschaften in Aussicht stellen könne. Die Frage wurde dahin beantwortet, daß die Generalkommission Alles thun würde, den Seilern Schlotheims die Unterstützung der Gewerkschaften zu sichern und dieselbe schon jetzt mit ziemlicher Gewißheit versprechen könnte. — Die Beiträge an die Generalkommission sollen auch weiterhin bezahlt werden. Der Sitz des Verbandes bleibt in Altona, der Sitz des Ausschusses wurde nach Kiel verlegt.

Generalversammlung des Verbandes der Textilarbeiter.

Hof, 24.—26. März 1894.

Anwesend sind 51 Delegirte, welche 56 Zahlstellen vertreten. Die Mitgliederzahl ist nach dem

nach der gegenwärtigen Sachlage nicht gerathen, die jetzt bestehenden Kellnervereine zu einem Zentralverband zu vereinigen. Dagegen fühlt sich der Kongreß mit den gewerkschaftlich organisirten Arbeitern, die nach dem Beschluß des Halberstädter Gewerkschaftskongresses in der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands ihr Bindeglied haben, solidarisch, und werden die organisirten Kellner die Bestrebungen des letzteren nach jeder Richtung hin unterstützen."

Ferner wird noch beschlossen, in den Bundesstaaten, in welchen dies nach den Vereinsgesetzen zulässig ist, die weiblichen Angestellten im Gastwirthsgewerbe in die Organisation aufzunehmen.

Bezüglich der Presse wird beschlossen, das bisherige Organ „Der Gastwirthsgehülfe“ beizubehalten und dahin zu wirken, daß dasselbe in den bestehenden Kellnerorganisationen obligatorisch eingeführt wird. Zur Ueberwachung der Schreibweise des Organs soll eine Preß- und Agitationskommission in einer Berliner Versammlung der Gastwirthsgehülfe gewählt werden. Diese Kommission hat gleichzeitig die Agitation in ganz Deutschland zu betreiben. Ferner sollen in den Provinzen Provinzial-Agitationskommissionen gebildet werden. Die Mittel zur Agitation sollen durch Bous und sonstige freiwillige Sammlungen aufgebracht werden.

Da die „Maifeier“ seitens der Kellner mit der übrigen Arbeiterschaft nicht gemeinsam begangen werden kann, so wird ein Tag festgesetzt, an welchem alle Angestellten im Gastwirthsgewerbe in ganz Deutschland eine „Maifeier“ abhalten sollen. Die diesbezüglich angenommene Resolution lautet:

„In Erwägung, daß die Arbeiter des Gastwirthsgewerbes in allererster Linie für eine Verkürzung der Arbeitszeit einzutreten haben, mit der

übrigen klassenbewußten Arbeiterschaft gemeinsam am 1. Mai für diese zu demonstrieren ihnen aus naheliegenden Umständen aber nicht möglich ist, beschließen die Delegirten, in ihren Orten dahin zu wirken, daß eine entsprechende Feier gleichzeitig in allen Städten an einem bestimmten Tage der Maiwoche stattfindet. Ueber den Tag entscheiden die Vertrauensleute."

Ferner nahm der Kongreß noch Stellung gegenüber den Arbeitern, welche tagsüber in anderen Berufen thätig sind und Abends die Berufsarbeit der Kellner verrichten. Der Kongreß gab seiner Meinung über die Sache in entsprechender Resolution Ausdruck:

„In Erwägung, daß die heutigen wirthschaftlichen Verhältnisse äußerst traurige sind, in fernerer Erwägung, daß Jedem das Recht zusteht, sein Brot zu suchen, wo er es findet, erklärt der Kongreß, daß gegen die sogenannten Ueberläufer nicht vorzugehen ist, vielmehr zu versuchen ist, dieselben zur Organisation heranzuziehen, um zu vermeiden, daß sie als Lohndrücker auftreten. Dahingegen protestirt der Kongreß energisch gegen die Einstellung von Militärpersonen, staatlichen und kommunalen Beamten."

Zum Schluß wurde bestimmt, daß die Einberufung des nächsten Kongresses der Agitationskommission überlassen bleibt, jedoch mit der Einschränkung, daß der Kongreß im Herbst 1895 stattzufinden hat. Sollte die Agitationskommission einen früheren Zeitpunkt zur Einberufung des Kongresses für notwendig erachten, so sind die Vertrauensleute zu Rathe zu ziehen. Zugelassen zum Kongreß sollen nur Delegirte werden, welche auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehen und in öffentlichen Versammlungen gewählt sind.

Quittung

über bei der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands in der Zeit vom 9. März bis 6. April 1894 eingegangene Gelder.

| | |
|---|--|
| Quartalsbeitrag (1.—4. Qu. 93) des Zentralverbandes der Korbmacher M. 100,— | Guirand, Hamburg M. 3,— |
| Quartalsbeitrag (3. Qu. 93) des deutschen Holzarbeiterverbandes " 870,— | Quartalsbeitrag (2. Qu. 94) vom Zentralverein der Blätterinnen " 3,— |
| Quartalsbeitrag (4. Qu. 92, 1. u. 2. Qu. 93) des Textilarbeiter-Verbandes " 779,10 | Quartalsbeitrag (1. Qu. 94) Zentralverein der Bildhauer " 125,45 |
| Quartalsbeitrag (1.—4. Qu. 93 u. 1. Qu. 94) des Verb. der Barbier, Friseur u. c. " 102,25 | Zur Deckung des Defizits sind eingegangen: |
| Quartalsbeitrag (4. Qu. 93) Zentralverband deutscher Zimmerer " 383,65 | Zentralverband der Korbmacher, Zahlstelle Brandenburg a. S. M. 7,70 |
| Quartalsbeitrag (4. Qu. 93) des Verbandes der Porzellanarbeiter " 299,55 | Deutscher Holzarbeiterverband " 85,45 |
| Quartalsbeitrag (4. Qu. 93) der Maler und Lackirer Hamburgs, Filiale 2 " 2,— | Verband deutscher Zimmerer " 99,80 |
| Quartalsbeitrag (1. Qu. 94) d. Seemannsvereins zu Hamburg " 5,50 | Verband der Buchbinder " 60,— |
| | A. Demuth, Hamburg, Poolstr. 41, 2. Et. |

für Industrieverbände aus, ohne jedoch deren so-
fortige Einführung für vortheilhaft zu halten. Sie
hält es vielmehr für besser, zunächst die Erfolge
abzuwarten, welche der Metallarbeiterverband und
der Holzarbeiterverband nach längerem Bestehen
werden aufweisen können. Zunächst beschließt sie
die Anbahnung von Kartellverträgen mit ver-
wandten Berufen, um 1. bei Streiks und Aus-
sperungen sich gegenseitig zu unterstützen, 2. eine
gemeinsame und planmäßige Agitation zu ver-
anlassen, 3. ein gemeinsames Organ zu schaffen,
4. den Uebertritt von einer Organisation in die
andere bei Ortswechsel ohne Beitrittsgeld und
weitere Formalitäten herbeizuführen."

Für diese Resolution stimmten 12, dagegen
5 Delegirte. Ferner wurde beschlossen, den im
Herbst stattfindenden Kongress der Leder- und
Belleidungs-Industrie durch zwei Vertreter zu
besuchen.

Auch über Einführung einer Arbeitslosen-
unterstützung wurde eine recht lebhafte Diskussion
geführt. Die große Mehrzahl der Delegirten er-
klärte sich theils prinzipiell, theils jedoch deshalb
gegen eine Arbeitslosenunterstützung, weil dann
unbedingt die Beiträge erhöht werden müßten,
dieses aber unter den augenblicklichen Verhältnissen
unmöglich sei. Um aber Berechnungen in dieser
Beziehung anstellen zu können, wurde der Haupt-
vorstand beauftragt, zunächst statistische Erhebungen
über die Arbeitslosigkeit im Sattlergewerbe vor-
nehmen zu lassen.

Bei Punkt 5 der Tagesordnung, "Statuten-
änderung", wurde der Titel des Verbandes etwas
erweitert, so daß es künftig heißt: "Verband der
Sattler, Täschner und verwandten Berufsgenossen."
Die Beiträge bleiben dieselben, wöchentlich 15 \mathcal{M} .
Mitglieder, die längere Zeit ohne Arbeit sind und
vom Verband keine sonstige Unterstützung beziehen,
sind von der vierten Woche der Arbeitslosigkeit
an von den Beiträgen befreit. Der Sitz des Ver-
bandes und des Ausschusses bleibt in Berlin.
Die Beiträge sollen auch für die Zukunft an die
Generalkommission entrichtet werden.

Ogleich in der resp. Gewerkschaftspresse so-
wohl als auch in der Parteipresse zum Theil aus-
führliche Berichte über die Generalversammlungen
und Kongresse erschienen sind, haben wir es doch
für nothwendig gehalten, die vorstehenden Berichte
auch im "Correspondenzblatt" zu bringen. Hierbei
haben wir uns lediglich darauf beschränkt, nur
diejenigen Verhandlungen, Beschlüsse und Re-
solutionsen zu bringen, welche von allgemeinem
Interesse sind. Wenn nun auch die Vertreter der
Gewerkschaften, welche sich für die Vorgänge in
anderen Organisationen interessieren, sich die betr.
Berichte auf andere Weise zugänglich machen können,
so wird die von uns gegebene kurze Uebersicht über
die Verhandlungen die Orientirung wesentlich er-
leichtern. Wir glauben, also mit dieser Art der
Berichterstattung den in dem Vordergrund der
Gewerkschaftsbewegung stehenden Genossen einen
Dienst zu erweisen.

Einer Kritik der Verhandlungen können wir
uns enthalten, da auf den einzelnen Kongressen
und Generalversammlungen ein Vertreter der
Generalkommission anwesend war, der die Meinung

der letzteren zum Ausdruck brachte. Soweit uns
eine Kritik der Verhandlungen resp. eine Erklärung
zu den Vorkommnissen nothwendig erschien, haben
wir dieselben unmittelbar anschließend an die resp.
Berichte gebracht. So bei dem Kongress der auf
dem Boden der Lokalorganisation stehenden Maurer
und der Generalversammlung des Zentralvereins
für Frauen und Mädchen.

Es dürfte noch nothwendig sein, eine Erklärung
abzugeben, aus welchen Gründen der Vertreter
der Generalkommission auf dem Kongress der An-
gestellten im Gastwirthsgewerbe dafür gesprochen
hat, daß in diesem Beruf die Lokalorganisation
vorläufig noch bestehen bleiben soll. — Zunächst
ist die Organisation der Gastwirthsgehülften eine
so junge, daß das, was man wohl mit der
Bezeichnung "Gewerkschaftliches Bewußtsein" am
treffendsten kennzeichnet, unter den Mitgliedern
der Organisation noch nicht vorhanden ist. Die
Erkenntniß, daß in dem Erstreben des Wohles
der Gesamtheit auch das Wohl der Einzelnen
blüht, findet sich nur bei Wenigen der Angehörigen
dieses Berufes, und ist deshalb das Gefühl der
Zusammengehörigkeit bei Vielen nicht in dem Maße
ausgeprägt, wie es zum Theil schon bei den An-
gehörigen anderer Gewerbe vorhanden ist. Es ist
unter diesen Umständen nicht gerathen, die Lokal-
vereine, die sich zu halten vermögen, zu einem
Zentralverband zusammenzuschließen. Ferner war
zu berücksichtigen, daß keinerlei Vorarbeiten zur
Durchführung eines Zentralverbandes gemacht
waren. Da die Gastwirthsgehülften ihr Haupt-
augenmerk auf die Arbeitsvermittlung richten
müssen, diese aber nur dann für sie von Werth
sein kann, wenn sie zentralisirt ist, so wird schon
aus diesem Grunde das Bedürfniß, eine Zentral-
organisation zu schaffen, sich bald bei den Ange-
stellten im Gastwirthsgewerbe fühlbar machen und
die Zentralorganisation geschaffen werden trotz
der auf diesem Kongress gemachten Einwendungen.
Die Organisationsfragen sind keine Prinzipien-
fragen und nach der jeweiligen Lage der Sache
zu entscheiden.

Auffallend ist es, daß einen breiten Raum in
den Verhandlungen der Kongresse resp. General-
versammlungen die Verathung über die Gründung
von Industrieverbänden eingenommen hat. Wir
haben schon einmal (in Nr. 7 des 3. Jahrganges
[1893] des "Correspondenzblattes") unsere Stellung
zu dieser Frage klargelegt, und können uns heute
darauf beschränken, auf diesen Aufsatz hinzu-
weisen. Der Industrieverband wird die Aufgaben
als Gewerkschaftsorganisation nur dann zu er-
füllen vermögen, wenn er innige Vereinigung
derjenigen Arbeiter darstellt, welche sich bei Aus-
übung der Arbeitstätigkeit gegenseitig zu ersetzen
vermögen, oder derjenigen, welche in einem Be-
triebe zusammen arbeiten. Jeder Versuch, die
Arbeiter eines Industriezweiges, welche nur
nominell, nicht aber thatsächlich in diesem Sinne
zusammen gehören, zu vereinigen, wird ein Kunst-
produkt, nicht aber eine den natürlichen Verhält-
nissen entsprechende Organisation erzeugen. Würde
die Frage des Industrieverbandes von diesem Ge-
sichtspunkte ausgehend aufgefaßt werden, so dürfte
der größte Theil der Verathungen der Frage der
Industrieverbände auf Kongressen und General-
versammlungen sich als entbehrlich erweisen. Der

Geschäftsbericht des Vorstandes in den letzten zwei Jahren von 3700 auf 12000 gestiegen. Demselben Bericht zufolge betrug die Einnahme vom 1. April 1892 bis 31. Dezember 1893, also 21 Monate, inklusive Kassenbestand M. 38 027,36. Die Ausgaben betragen im gleichen Zeitraum M. 33 709,90. Unter den Ausgaben waren für das Verbandsorgan M. 23 068,74, für Streifunterstützungen M. 3270, für Gemahregelunterstützung M. 400, für Agitation M. 929,80, an die Generalkommission M. 1243,10, Prozeßkosten M. 208, persönliche Verwaltungskosten M. 453,62, sachliche M. 547,66. Es bleibt dem Verband mithin ein Kassenbestand von M. 4317,46.

Es wurde beschlossen, von der Einführung einer Reiseunterstützung wegen der damit verbundenen Nothwendigkeit, die Beiträge zu erhöhen, Abstand zu nehmen. Die Reiseunterstützung wird so geregelt, daß pro Kilometer 2 $\frac{1}{2}$ bis zum Höchstbetrage von M. 1 pro Tag an Mitglieder, welche dem Verband mindestens 6 Monate angehören, gezahlt werden. Nachdem ein Mitglied M. 20 erhalten, tritt eine Karenzzeit von 6 Monaten ein, während welcher keine neue Reiseunterstützung gezahlt wird. Es wurde empfohlen, in allen Provinzen Agitationscomités zu wählen und diesen 5 pZt. der Lokalkasse zu überweisen. Die Anstellung eines besoldeten Geschäftsführers wurde zum Beschluß erhoben.

Generalversammlung des Verbandes der in der Kürschnerbranche beschäft. Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Berlin, 25.—27. März 1894.

Anwesend waren 9 Delegirte, der Vorstand war durch zwei, der Ausschuß durch ein Mitglied vertreten. Ferner waren zwei Delegirte des Zuriichterverbandes und ein Vertreter des Fachvereins der Berliner Mühenmacher anwesend. Aus dem Geschäftsbericht des Vorstandes ist zu entnehmen, daß der Verband vom 1. April 1892 bis zum 17. März 1894 eine Gesamteinnahme von M. 4783,97 hatte. Demgegenüber steht eine Ausgabe von M. 4084,42, so daß ein Bestand von M. 699,55 bleibt. In den letzten zwei Jahren sind 300 männliche und 88 weibliche Mitglieder aufgenommen worden. In den Mitgliederlisten stehen zur Zeit 472 männliche und 64 weibliche Mitglieder. Als vollzahlend sind 330 Mitglieder anzusehen.

Die Verhandlungen der Generalversammlung drehten sich vor Allem um die Organisationsfrage. Auf Grund des Beschlusses der vor zwei Jahren in Weissenfels stattgefundenen Generalversammlung, die Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen aufzunehmen und wegen der Lohnarfrage, waren die Zuriichter aus dem Verband ausgeschieden, es gelang jedoch nicht, eine Einigung zu erzielen. In einer öffentlichen Versammlung aller Berufsangehörigen, welche die Einigung herbeiführen sollte, wurde folgende Resolution angenommen:

„Die heute bei Seefeld tagende öffentliche Versammlung aller in der Kürschnerbranche und verw. Betrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen haben aus den Ausführungen der anwesenden Delegirten und Kollegen ersehen, daß sich für die Zukunft nur auf dem Boden der Zentralorgani-

sation günstige Lohn- und Arbeitsbedingungen erzielen lassen.

Sie empfiehlt daher, allerorten mit allen zu Gebote stehenden Mitteln für dieselbe zu agitiren und zur Vollenbung zu bringen.

In fernerer Ermägung fordert die Versammlung die anwesenden Delegirten von Markranstädt und Scheuditz auf, diese Resolution den Kollegen ihrer Organisation zu unterbreiten und dafür zu agitiren, daß die Zuriichter sich dem Verband deutscher Kürschner anschließen.“

Zur Frage der Industrieverbände beschloß die Generalversammlung zwar, den in diesem Jahre stattfindenden Kongreß der in der Bekleidungsindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen zu beschicken, dem Delegirten auch kein gebundenes Mandat zu geben, sprach sich aber im Allgemeinen gegen die Industrieverbände aus, weil die Erfahrungen im eigenen Verband diese Gründung gewagt erscheinen lassen. Wenn der Kongreß jedoch die Gründung des Industrieverbandes beschließt, so würde auch der Kürschnerverband seinen Uebertritt erklären.

Als Organ wurde die am 9. Februar in Berlin erschienene Probezeitung „Der Kürschner“ zunächst auf sechs Monate bestimmt. Sollten sich die Kosten der Zeitung für die Verbandskasse als zu hoch erweisen, so wird in Zwischenräumen nach Bedarf ein Korrespondenzblatt herausgegeben werden. — Die nächste Generalversammlung soll erst in drei Jahren stattfinden. Der Sitz des Verbandes wurde nach Berlin verlegt, der Sitz des Ausschusses nach Hamburg.

Generalversammlung des Verbandes der Sattler und Tapezierer.

Frankfurt a. M., 26. u. 27. März 1894.

Anwesend waren 17 Delegirte, welche 38 Zahlstellen mit 1366 Mitgliedern vertraten. Außerdem war der Vorsitzende des Verbandes anwesend. Aus dem Geschäftsbericht, der vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 1893 reicht, entnehmen wir Folgendes: Die Hauptkasse und Verwaltungsstellen zusammen berechnet, haben folgende Einnahmen gehabt: Eintrittsgeld M. 1801,75, Beiträge 20 174,80, Extrasteuer 215,40, Sammlung zur Deckung der Unkosten der ersten Generalversammlung 408,43, Organisationsentwürfe 25,20, Legitimationskarten 3,65, Zinsen 2,—, Verschiedenes 294,—, zusammen M. 22 925,23.

Die gesammten Ausgaben, also von der Hauptkasse und Verwaltungsstellen zusammen, betragen: Zeitung M. 7417,01, Agitation 1312,29, Generalversammlungen und Kongresse 1058,60, Reiseunterstützung 3968,50, andere Unterstützungen 294,15, Rechtschutz 56,—, Generalkommission 343,90, Kosten der Hauptkasse, persönliche, 1145,—, sachliche 2045,03, Utensilien 783,47, Bibliotheken 451,29, örtliche Verwaltungen 3373,26, an andere Gewerke 30,—, Verschiedenes 2,80, zusammen M. 22 281,30.

Ueber den zweiten Punkt der Tagesordnung: „Industrieverband oder Kartellvertrag?“ entspann sich eine recht lebhaft Debatt, welche durch Annahme nachfolgender Resolution ihre Erledigung fand: „Die Generalversammlung des Verbandes der Sattler und Tapezierer spricht sich im Prinzip